



Niederschrift

über die 26. Sitzung
des Jugendhilfeausschusses der Stadt Lippstadt
am 09.09.2009

(bis Top 5 in gemeinsamer Sitzung mit dem Seniorenbeirat der Stadt Lippstadt)

Sitzungsraum:	Thomas-Valentin-Stadtbücherei, Fleischhauerstraße 2
Beginn:	18:00 Uhr
Ende:	20:15 Uhr

Vorsitzende:

1	Annette Bergschneider	FDP-Fraktion
---	-----------------------	--------------

Anwesend waren:

2	Josef Franz	CDU-Fraktion
3	Helga de Horn	CDU-Fraktion
4	Heike Igel	CDU-Fraktion
5	Axel Bohnhorst (bis einschl. Top 6)	CDU-Fraktion
6	Hans Zaremba	SPD-Fraktion
7	Gabriele Oelze-Krähling	SPD-Fraktion
8	Antonius Matthias	SPD-Fraktion
9	Andrea Heymann	BG-Fraktion
10	Wilhelm Glarmin	Ordentliches Mitglied
11	Dorothee Großekathöfer	Ordentliches Mitglied
12	Heike Biekehöer-Wapelhorst (bis einschl. Top 4)	Ordentliches Mitglied
13	Beatrix Geisen	Ordentliches Mitglied
14	Andreas Knapp	Ordentliches Mitglied
15	Heike Klapper	Stv. ordentliches Mitglied
16	Eva Brinkmann	Beratendes Mitglied
17	Horst Regelmann	Beratendes Mitglied
18	Frank Meiske	Beratendes Mitglied
19	Dr. Françoise Kubinski	Beratendes Mitglied
20	Christian Laws	Beratendes Mitglied
21	Gerhardus Koers	Beratendes Mitglied
22	Ute Stockhausen	Beratendes Mitglied
23	Heinz Gesterkamp	Beratendes Mitglied

Seitens der Verwaltung:

Wolfgang Roßbach	FB Jugend und Soziales
Helga Rolf	FD Soziale Dienste
Klaus Rennkamp	FD Allgemeine Jugendhilfe
Werner Kalthoff	FD Sonstige Soziale Leistungen
Gerd Madeheim	FD Sonstige Soziale Leistungen
Manfred Strieth	FD Interne Steuerung/Wohn- geld/Wohnungsaufsicht
Ulrich Hillebrand	FD Bauverwaltung

Ferner war anwesend:

Christian Hövermann

Behinderten-Initiative Lippstadt
e. V.

In öffentlicher Sitzung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Bergschneider, eröffnete die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Seniorenbeirates, begrüßte die Mitglieder der beiden Gremien, die VertreterInnen der Verwaltung, die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Vertreter der Presse.

Ferner stellte sie die ordnungsgemäße und fristgerechte Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

1. Fragestunde für Einwohner

Es wurden keine Fragen gestellt.

**2. Demografische Entwicklung in Lippstadt
hier: Schreiben der SPD-Fraktion vom 01.05.2009
MV 113/2009**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte Frau Ausschussvorsitzende Bergschneider den Ansprechpartner in Demografieangelegenheiten der Stadt Lippstadt, Herrn Ulrich Hillebrand.

Herr Hillebrand stellte nach einer kurzen Vorstellung seiner Person und der ihm übertragenen Aufgaben anhand der als Anlagen beigefügten PowerPoint-Präsentation die demografische Entwicklung auf Bundes- und kommunaler Ebene vor. Darüber hinaus erläuterte er beispielhaft die Handlungsfelder "Familien", "Senioren" und "Migranten" sowie die Aufgabenschwerpunkte der Anlaufstelle für Demografiefragen.

Nach der Präsentation bedankte sich die Ausschussvorsitzende bei Herrn Hillebrand und stellte fest, dass die Stadt Lippstadt mit der Benennung eines Ansprechpartners in Demografieangelegenheiten auf einem guten Weg sei.

Herr Zaremba betonte, dass die "Demografische Entwicklung in Lippstadt" künftig noch stärker thematisiert werden müsse. Herr Franz erklärte für die CDU-Fraktion, dass bei der Behandlung dieses Themas schwerpunktmäßig die Entwicklung der Geburtenrate, der Mensch im Alter sowie die internationale Bevölkerung in Lippstadt in den Blick gerückt werden müssten.

Auf Nachfrage von Frau Schulte-Steinberg wurde verwaltungsseitig im Hinblick auf den Personenkreis behinderter Menschen ausgeführt, dass die Vorstellung von Herrn Hillebrand als ein Ausschnitt zu betrachten sei und die sich aus dem demografischen Wandel ergebenden Handlungsfelder in den jeweiligen Fachbereichen bzw. Fachdiensten der Stadtverwaltung bearbeitet werden. In diesem Zusammenhang stelle z. B. der Werkstattbericht zur Sozialstruktur eine wesentliche Grundlage dar.

**3. Teilnahme der Stadt Lippstadt am Bundesprogramm "Aktiv im Alter - Mitgestalten und Mitentscheiden";
hier: Vorlage des Abschlussberichtes für den Zeitraum Oktober 2008 bis Juni 2009
BV 122/2009**

Unter Hinweis auf die Vorlage stellte Frau Bergschneider einleitend fest, dass sie persönlich fasziniert sei über den Ablauf der Teilnahme der Stadt Lippstadt am Bundesprogramm "Aktiv im Alter - Mitgestalten und Mitentscheiden", angefangen mit der Vorstellung am 15.05.2008 und 04.06.2008 im Jugendhilfeausschuss und im Seniorenbeirat über die Mitteilung des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, dass die Stadt Lippstadt zur Teilnahme ausgewählt wurde, bis hin zur Vorlage des Abschlussberichtes. In diesem Zusammenhang sprach sie den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses und des Seniorenbeirates ihren ausdrücklichen Dank für die Mitwirkung aus.

Herr Zaremba bat um die Erörterung der weiteren Entwicklung sowie der Umsetzung der im Bericht dargestellten Ergebnisse im Jugendhilfeausschuss. Darüber hinaus hob er die Bedeutung der Gründung eines im Zusammenhang mit der Einrichtung des "Büros für bürgerschaftliches Engagement" angedachten Vereins hervor.

Verwaltungsseitig wurde darauf hingewiesen, dass der Bericht in einem weiteren Schritt eingehend im Seniorenbeirat diskutiert werde.

Herr Franz bewertete den Bericht positiv und schlug hinsichtlich der Gründung eines Vereins vor, zunächst Erfahrungen mit dem neuen "Büro für bürgerschaftliches Engagement" zu sammeln.

Auf Nachfrage von Herrn Glarmin wurde verwaltungsseitig bestätigt, dass das Thema "Ältere Menschen in Kommunen" unter dem Aspekt "Demografische Entwicklung" in der Gesamtverwaltung berücksichtigt werde.

In der weiteren Diskussion, an der sich Frau de Horn, Frau Deluweit, Frau Schulte-Steinberg, Herr Koers, Herr Franz, Herr Meiske und Herr Roßbach beteiligten, wurden das Fehlen von Sitzbänken im Stadtgebiet und insbesondere das Thema "Sicherheitsbedürfnis älterer Menschen" erörtert. Es bestand Einvernehmen, den letztgenannten Punkt ggf. unter Einbeziehung von Polizei, Stadtwacht und Mobiler Jugendarbeit im Seniorenbeirat und im Jugendhilfeausschuss zu beraten.

Im Anschluss daran beschloss der Jugendhilfeausschuss unter Einbeziehung des Antrages von Herrn Zaremba:

"Der Abschlussbericht für den Zeitraum Oktober 2008 bis Juni 2009 über die Teilnahme an dem Programm des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend mit der Zielsetzung „Aktiv im Alter – Mitgestalten und Mitentscheiden – Ältere Menschen in den Kommunen“ wird hiermit zur Kenntnis und weiteren Beratung vorgelegt.

Der Abschlussbericht wird zunächst zur weiteren Beratung und Auswertung hinsichtlich künftiger weiterer Handlungsperspektiven unter Berücksichtigung der demografischen Veränderungen entsprechend dem Leitmotiv „Lippstadt – Stadt der Generationen“ an den Seniorenbeirat verwiesen. **Danach (1. Jahreshälfte 2010) wird die Angelegenheit im Jugendhilfeausschuss erneut beraten.**

(Einstimmig zugestimmt)

4. **Bericht zur finanziellen Situation älterer Menschen in Lippstadt, die Sozialleistungen erhalten**
MV 43/2009

Nach Bekanntgabe des Tagesordnungspunktes berichtete Herr Gesterkamp, dass Aussagen verschiedener Sozialleistungsträger zufolge die Anzahl von älteren Menschen in Not künftig dramatisch steigen werde. Vor diesem Hintergrund sehe er die Notwendigkeit, dass man sich dem Thema "Altersarmut" stärker widmen müsse. Herr Zaremba teilte diese Auffassung und erbat weitergehende Informationen zu der Armut von Kindern und Jugendlichen, Familien sowie allein Erziehenden. Verwaltungsseitig wurde ein entsprechender Bericht für das 1. Halbjahr 2010 zugesagt.

Herr Strieth erläuterte auf Nachfrage von Herrn Franz, dass sich die Stadt Lippstadt hinsichtlich der Anzahl betroffener Personen ca. 0,4 % bis 0,5 % unter dem Landesdurchschnitt bewege. Ein Vergleich mit anderen Städten könne aufgrund fehlender Daten nicht gezogen werden.

Auf weitere Fragen von Frau de Horn, Frau Schulte-Steinberg und Frau Brinkmann wurden nähere Informationen zur Höhe der Grundsicherung und zur Dunkelziffer von älteren Menschen, die sich nicht trauen, ihre Ansprüche anzumelden, gegeben.

5. **Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung auf örtlicher Ebene**
hier: Information zur Umsetzung in der Stadt Lippstadt
MV 121/2009

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte Frau Bergschneider den Vorsitzenden der Behinderten-Initiative-Lippstadt e. V. (BIL), Herrn Christian Hövermann, sowie den Koordinator zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung in der Stadt Lippstadt, Herrn Gerhard Madeheim.

Im Verlauf einer Sitzungsunterbrechung bezeichnete Herr Hövermann die Zusammenarbeit mit der Verwaltung und der Politik im Laufe der vergangenen 10 Jahre als äußerst fruchtbar und verdeutlichte dies anhand verschiedener Beispiele. Gleichzeitig wies Herr Hövermann auf Unebenheiten in der Poststraße hin, die für Menschen, die auf einen Rollator oder Rollstuhl angewiesen sind, deutliche Erschwernisse darstellen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung ergänzte Herr Madeheim aus Sicht der Verwaltung die Ausführungen der Vorlage, um einen Überblick über die Zusammenarbeit mit der Behinderten-Initiative-Lippstadt e. V. und anderen Beratungsstellen zu geben.

In der sich anschließenden Diskussion, an der sich Herr Gesterkamp, Frau Schulte-Steinberg, Herr Durben und Herr Koers beteiligten, wurden verwaltungsseitig weitere Informationen zu den Themen "Wohnen", "Arbeit und Arbeitslosigkeit", "Zusammenarbeit mit dem Kreis Soest" und "Aufzug im Rathaus" gegeben.

6. **Ausbau der Betreuungsplätze zur Erfüllung des Rechtsanspruchs ab 2013 für Kinder unter 3 Jahren;
hier: Konkrete Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 02.03.2009 für das Kindergartenjahr 2010/2011 (Aufnahme der Kinder ab 01.08.2010)
BV 125/2009**

(Vor Bekanntgabe des Tagesordnungspunktes nahmen Frau Oelze-Krähling und Frau Geisen im Zuhörerraum Platz.)

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes informierte Herr Roßbach detailliert anhand der als Anlagen beigefügten Übersichten über die Ausbauplanung von Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren mit einem Investitionsvolumen von bis zu 2,2 Millionen Euro für das Kindergartenjahr 2010/2011. Er berichtete ferner, dass der Stadt Lippstadt zwischenzeitlich die Bewilligungsbescheide des Landes für den Neu- bzw. Anbau an drei Kindertageseinrichtungen vorliegen. Im Übrigen stelle der Haushaltsansatz für Kosten der Kindertagesbetreuung mittlerweile den zweitgrößten Posten nach den Personalausgaben im Haushalt der Stadt Lippstadt dar.

Die Vertreter der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützten einheitlich den Beschlussvorschlag.

Herr Gesterkamp wies darauf hin, dass für die Erzieherinnen in den Kindertageseinrichtungen die Voraussetzungen geschaffen werden müssten, ihre schwierige Arbeit leisten zu können. In diesem Zusammenhang übte Herr Zaremba Kritik am Kinderbildungsgesetz.

Auf Nachfrage von Frau Brinkmann wurden verwaltungsseitig ergänzende Informationen zur Gesamtfinanzierung der Betriebskosten gegeben.

Im Anschluss daran beschloss der Jugendhilfeausschuss, dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Rat zu empfehlen:

"1. Auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 02.03.2009 wird für das Kindergartenjahr 2010/2011 (Beginn 01.08.2010) ein Investitionsvolumen von bis zu **2,2 Millionen €** für folgende konkrete Ausbauplanung der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren zur Verfügung gestellt :

- Neubau/Anbau: Kindertageseinrichtung der Arbeiterwohlfahrt Klockowstraße 6, Lippstadt
- Neubau/Anbau: Kindertageseinrichtung der PariAktiv gGmbH, Lipperoder Straße 47, Lippstadt
- Neubau/Anbau: Kindertageseinrichtung der Kath. Kirchengemeinde St. Antonius „Roncalli“, Roncalliweg 42, Lippstadt

- Neubau/Anbau: Kindertageseinrichtung der Arbeiterwohlfahrt Nussbaumallee 13, Lippstadt
- Neubau/Anbau: Kindertageseinrichtung der Stadt Lippstadt Görresstraße 53, Lippstadt
- Neubau/Anbau: Kindertageseinrichtung der Stadt Lippstadt im Ortsteil Rixbeck, Lippstadt.

Voraussetzung für die Durchführung ist die Bezuschussung der Investitionen für die o. a. Maßnahmen durch das Land Nordrhein-Westfalen/Landesjugendamt Westfalen-Lippe. Auf die beigefügte Anlage 1, die zurzeit als Richtschnur für die Höhe der Bau- und Einrichtungskosten sowie für die Zahl der neuen Plätze dient, wird in diesem Zusammenhang verwiesen. Die Verwaltung wird hierzu beauftragt, notwendige Anpassungen während der Planungs- und Bauphase an veränderte Rahmenbedingungen vorzunehmen.

2. Damit mit den unter Ziffer 1 bezeichneten Maßnahmen noch in 2009 begonnen werden kann (angestrebte Inbetriebnahme zum 01.08.2010), werden die notwendigen Finanzmittel für 2009 und 2010 mit **insgesamt 2.187.778,-- €** wie folgt zur Verfügung gestellt:

- a) für das Jahr **2009** außerplanmäßige Mittel in Höhe von insgesamt **664.000,--€**
- b) für das Jahr **2010** ein Betrag von **1.523.778,-- €** als außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in 2009 und Veranschlagung im Etat 2010

Die Deckung des Betrages für das **Jahr 2009** in Höhe von 664.000,-- € wird wie folgt durchgeführt:

- a) Produktsachkonto B 06021003 7831111 – Einrichtungskosten neuer Betreuungsgruppen insgesamt: **49.290,-- €**
- b) Produktsachkonto I 06021004 7818111 – Freiwillige Zuschüsse zu Bau- und Einrichtungskosten v. Kindertageseinrichtungen insgesamt : **133.500,-- €**
- c) Außerplanmäßige Einnahmen des Landes für die Anbaumaßnahmen der Kindertageseinrichtungen in Esbeck und Dedinghausen: **150.000,-- €**
- d) Zuschüsse des Landes zu den Baumaßnahmen aufgrund des Kinderförderungsgesetzes in Höhe von: **331.210,-- €**

Die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in 2009 in Höhe von 1.523.778,-- € wird gedeckt aus nicht benötigten Verpflichtungsermächtigungen des Jahres 2009.

Für das **Jahr 2010** erfolgt die Deckung des Betrages von rd. 1.523.778,--€ durch einen Landeszuschuss von voraussichtlich 1.327.490,-- € und einen städt. Anteil von voraussichtlich 196.288,-- €. Diese Beträge sind im Etat 2010 zu veranschlagen.

3. Die Maßnahmen werden zunächst unabhängig davon umgesetzt, ob das Land die Betriebskosten für die neuen Plätze mitfinanziert.
4. Die Verwaltung wird ermächtigt, **über die Maßnahmen der Ziffer 1 hinaus weitere Betreuungsplätze** durch Umwandlung von freien Plätzen für Kinder von 3 – 6 Jahren in Plätze für Kinder unter 3 Jahren zu schaffen, falls das Land die Maßnahmen nicht nur investiv, sondern auch im Rahmen der Betriebskosten (Personal- und Sachkosten) mitfinanziert."

(Einstimmig zugestimmt)

7. **Zuschuss an die Kath. Bildungsstätte für Erwachsenen- und Familienbildung Paderborn - Außenstelle Lippstadt für die Durchführung von Jugendhilfeprojekten im Jahr 2009 in Höhe von bis zu 5.880,00 €**
hier: Antrag vom 19.03.2009
BV 49/2009

Nach Bekanntgabe der Vorlage beschloss der Ausschuss ohne weitere Aussprache:

"Der Kath. Bildungsstätte für Erwachsenen- und Familienbildung Paderborn – Außenstelle Lippstadt wird ein Zuschuss in Höhe von bis zu 5.880,00 € für die Durchführung von Jugendhilfeprojekten im Jahr 2009 gewährt.

Die Familienbildungsstätte hat die zweckentsprechende Verwendung (Kursangebot, Teilnehmerzahl u. a.) des Betrages von bis zu 5.880,00 € bis zum 30.04.2010 nachzuweisen."

(Einstimmig zugestimmt)

8. **Zuschuss an die Arbeiterwohlfahrt, Unterbezirk Hochsauerland/Soest für die Durchführung der Spielstubenarbeit für Kinder von asylbegehrenden Ausländern**
hier: Antrag vom 22.04.2009
BV 51/2009

(Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes nahmen Frau Geisen und Frau Oelze-Krähling im Zuhörerraum Platz.)

Nach Bekanntgabe der Vorlage beschloss der Ausschuss ohne weitere Aussprache:

"Der Arbeiterwohlfahrt, Unterbezirk Hochsauerland/Soest wird ein Zuschuss von bis zu 5.000,00 € für die Durchführung der Spielstubenarbeit für Kinder von asylbegehrenden Ausländern im Jahr 2009 gewährt.

Die Arbeiterwohlfahrt, Unterbezirk Hochsauerland/Soest hat die zweckentsprechende Verwendung des Betrages von bis zu 5.000,00 € bis zum 30.04.2010 nachzuweisen."

(Einstimmig zugestimmt)

9. **Umsetzung der Verordnung zur Datenmeldung der Teilnahme an Kinderfrüherkennungsuntersuchungen in Lippstadt /U-Untersuchungen (U-UntersuchungsteilnahmedatenVO-UTeilnahmeDatVo)
MV 112/2009**

Nach Bekanntgabe der Vorlage gab Herr Roßbach weitergehende Informationen zur Umsetzung der o. g. Verordnung und bezeichnete diese Maßnahme als weiteren Baustein im Rahmen des Kinderschutzes. Er stellte darüber hinaus aber auch fest, dass trotz aller zwischenzeitlich ergriffener notwendiger Maßnahmen weiterhin ein letztes Risiko bestehe.

Auf Nachfrage von Herrn Glarmin wurde verwaltungsseitig zugesichert, die Frage nach der Information der Eltern über den Datenabgleich aufzugreifen.

Frau Dr. Kubinski gab weitere Informationen zur Umsetzung der Verordnung auf Kreisebene. Herr Zaremba beantragte, in einer späteren Sitzung des Jugendhilfeausschusses einen Erfahrungsbericht vorzulegen.

Ansonsten nahm der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis.

10. **Verschiedenes**

a) Frau Bergschneider wies auf die Herausgabe der Flyer des "Lokalen Bündnisses für Familie":

- Lippstadt - Familienfreundlich
(Toiletten, Wickelbereiche, Spielecken, Hochstühle)
- Familie und Beruf in Lippstadt
(eine Information für Arbeitgeber und Arbeitnehmer)

hin.

b) Herr Roßbach unterrichtete den Ausschuss, dass die Stadt Lippstadt mit mehreren anderen Kommunen an dem Bundesmodellprojekt "Aus Fehlern lernen - Qualitätsmanagement im Kinderschutz" teilnehmen wird.

Vorsitzende

Schriftführer